

«Die Gesellschaft definiert, wer in der Not unterstützt wird und wer nicht»

Mehr Daten, mehr Prävention und eine Familienpolitik, die Kinder und Jugendliche besser schützt: Oliver Hümbelin, Dozent in Sozialer Arbeit, über eine wirksame Bekämpfung von Armut in der Schweiz.



Oliver Hümbelin forscht an der Berner Fachhochschule zu Armut und Sozialer Sicherheit in der Schweiz. Bild: Stefan Wermuth

Herr Hümbelin, was bedeutet es, in der Schweiz arm zu sein?
In unserem Land arm zu sein heisst, ein Einkommen unter dem sozialen Existenzminimum zu erzielen. Bei einer Einzelperson ist das etwa 2250 Franken im Monat. Bei zwei Erwachsenen mit zwei Kindern sind es 4000 Franken. Mit wenig Einkommen ist es schwierig, finanziell über die Runden zu kommen. Armut hat zudem weit reichende Folgen. Es besteht die Gefahr, dass man sich verschuldet oder sozial ausgegrenzt wird, weil man nicht am öffentlichen Leben teilnehmen kann. Wir beobachten überdies häufig, dass Armut mit einer schlechteren Gesundheit einhergeht.

Welche Personen sind besonders von Armut betroffen oder gefährdet?
Menschen, die einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Das ist etwa bei fehlenden Bildungsabschlüssen der Fall oder bei gesundheitlichen Einschränkungen. Eine erhöhte Armutsquote beobachten wir auch bei Menschen, die in der Gastronomie tätig sind oder bei Selbständigen mit unregelmässigen Einkünften. Alleinerziehende und junge Familien mit Kleinkindern haben ebenfalls gehäuft Einkommen unterhalb des Existenzminimums. Ein weiterer Risikofaktor für Armut ist Migration. Weil Bildungsabschlüsse aus manchen Ländern in der Schweiz

nicht anerkannt werden – und wegen der Sprachbarrieren –, kann die Teilnahme am Arbeitsmarkt und damit das Erzielen eines existenzsichernden Einkommens für Menschen mit Migrationshintergrund eine Herausforderung sein. Deren Situation wird überdies durch den erschwerten Zugang zu Sozialhilfe verschärft. Er ist eine Folge dessen, dass man in den letzten Jahren im Ausländer- und Integrationsgesetz die Schrauben immer mehr angezogen hat. Hier zeigt sich, dass Armut von einem weiteren Umstand abhängt: Die Gesellschaft definiert, wer in der Not unterstützt wird und wer nicht.

Wie viel Armut wird vererbt?

Das ist eine grosse Frage, die sich nicht mit einer Ziffer beantworten lässt. Was wir wissen: Kinder in Haushalten mit einer Mangelsituation haben geringere Chancen, im späteren Leben erfolgreich zu sein. Aus der Perspektive einer nachhaltigen Sozialpolitik sollte deswegen unbedingt sichergestellt sein, dass Kinder in einem förderlichen Umfeld aufwachsen können. Auch die Sozialhilfe leistet einen Beitrag dazu.

Nicht alle Personen, die Anspruch darauf hätten, nutzen die staatlichen Unterstützungsangebote. Wie erklären Sie sich das?

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Erstens wissen nicht alle Anspruchsberechtigten, dass sie Anspruch darauf haben oder wie sie die Leistungen beantragen können. Zweitens gibt es soziale und psychologische Gründe für den Nichtbezug. Manche Menschen schämen sich, vom Staat Unterstützung zu beziehen, oder sie fürchten sich vor der Stigmatisierung oder Bloßstellung in ihrem sozialen Umfeld. Drittens gibt es rechtliche und administrative Hürden. Die Rückforderungspflicht bei der Sozialhilfe wirkt etwa abschreckend. Bei Menschen ohne Schweizer Pass kommt dazu, dass sie ihre Niederlassungsbewilligung beziehungsweise ihren Aufenthaltsstatus mit dem Bezug von Sozialhilfe gefährden. Auch das ist ein Grund für den Nichtbezug.

Sie verstehen mehr von Armut als die meisten Menschen. Was wäre Ihr Lösungsansatz zur Bekämpfung von Armut?

Eine wichtige Rolle spielt die Prävention. In der Schweiz sind die Minderjährigen die Altersgruppe mit dem höchsten Anteil an Menschen, die Sozialhilfe beziehen und die arm sind. Mein Lösungsansatz würde deshalb sicherstellen, dass möglichst wenige Kinder und Jugendliche in einem Haushalt mit Mangellage aufwachsen. Dies liesse sich mit Familienergänzungsleistungen – analog zu den Ergänzungsleistungen für Pensionierte – erreichen, wie sie die Kantone Waadt, Tessin und Solothurn eingeführt haben. Warum man Kinder und Jugendliche im Sozialstaat Pensionierten gegenüber benachteiligt, leuchtet mir nicht ein. Insgesamt ist Armut ein mehrschichtiges Phänomen. Die Unterstützung mit Geld in einer Mangellage ist nur ein Aspekt. Grundsätzlich geht es darum, die Handlungsfähigkeit von Menschen in unterschiedlichen Phasen des Lebens sicherzustellen. Es geht um Bildungschancen, Erwerbsintegration, Wohnversorgung, Alltagsbewältigung, aber eben auch um eine angemessene Existenzsicherung in der Not. Armutsbekämpfung wird so zu einem Querschnittsthema und muss ganzheitlich betrachtet werden.

Sie haben mit Caritas Schweiz ein Modell eines schweizweiten Armutsmonitorings entwickelt. Warum ist eine einheitliche Datengrundlage so wichtig?

Zunächst einmal braucht es überhaupt mehr Informationen, besonders auf der Ebene der Kantone und der Gemeinden. In manchen Kantonen ist beispielsweise gänzlich unbekannt, wie viele Armutsbetroffene es gibt, wer die Risikogruppen sind und in welchen Gemeinden Betroffene wohnen. Damit ist eine wirksame und präventive Armutspolitik sehr schwierig. Anpassungen am Sozialleistungssystem, etwa bei den Prämienverbilligungen, werden mehr oder weniger «ins Blaue» konzipiert. Mit mehr Daten ist es viel besser möglich, passgenaue Massnahmen zu entwickeln und deren Wirkung zu überprüfen. Wenn alle Kantone einheitliche Kennzahlen nutzen, ermöglicht dies zudem einen Vergleich zwischen den Kantonen. Es wird dann sehr viel besser möglich, Krisen und deren Auswirkung auf die Menschen zu verstehen, voneinander zu lernen und sich über bewährtes auszutauschen.

Zum Schluss eine persönliche Frage. Führt die Beschäftigung mit Armut dazu, dass Sie sich Sorgen um eine eigene Verarmung machen?

Es ist eher das Gegenteil der Fall. Ich stelle durch meine Arbeit fest, dass wir einen komplexen Sozialstaat mit vielfältigen Instrumenten haben, der auch in einer Krise, wie etwa der Corona-Pandemie, flexibel reagieren kann. Dies ist eine Ermutigung. Zudem bin ich beeindruckt von der Motivation der Sozialarbeitenden, die wir ausbilden. Ich finde es beruhigend zu wissen, dass in einer Notlage irgendwann Sozialarbeitende beigezogen werden, die Menschen in Notsituationen professionell beraten können. Es gibt aber auch Momente, die mich nachdenklich stimmen. Dazu zählen die Verschärfungen beim Sozialhilfebezug, der zuweilen anklagende öffentliche Diskurs im Umgang mit Armutsbetroffenen und der raue Ton in offiziellen Schreiben rund um den Bezug von Leistungen. Es ist nicht einfach, Armutsbetroffener zu sein in der Schweiz.

Interview: Karin Meier

Inhalt

- Sommerwoche Dock8**
Niederschwelliges Ferienangebot im August 17
- Willkommen im Team**
Die Kirchgemeinde Matthäus begrüsst eine neue Pfarrerin und drei neue Mitglieder im Kirchgemeinderat. 19
- Paulussommerfest**
Vom 19. bis 21. August gibt es wieder ein buntes Programm. 21